

Schweizerische Volkspartei (SVP)



Jahresbericht

2025

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis	2
Vorwort	3
1. Das Jahr 2025 im Rückblick	5
2. Vorstösse aus der SVP-Fraktion	21
2.1 Positionspapiere der SVP	21
2.2 Vernehmlassungsantworten der SVP	21
2.3 Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen, Extrablätter	25
2.4 Homepage und Soziale Medien	26
3. PARTEIORGANE	27
3.1 Delegiertenversammlung	27
3.3 Parteileitung	28
3.4 Parteivorstand	29
3.5 Generalsekretariat	32
3.6 Fraktion der Bundesversammlung	32
4. Eidgenössische Volksabstimmungen 2025	35
5. Die SVP in den Kantonsparlamenten	36
6. Die SVP-Kantonalsektionen online	37

VORWORT

Die Schweiz blickt auf ein Jahr voller politischer Richtungsentscheide, anhaltender Bedrohungen unserer Sicherheit und den unermüdlichen Kampf um unsere Unabhängigkeit.

Das hässliche Gesicht der links-grünen Bevormundungspolitik und die realitätsfernen Träumereien der Classe Politique zeigen sich immer deutlicher. Die Belastung für den Mittelstand wächst, während gleichzeitig Milliarden ins Ausland verschleudert werden. Nur die SVP kämpft konsequent dagegen an. Auch die Debatte um den EU-Unterwerfungsvertrag zeigt: Die Elite in Bundesbern will die Probleme der Schweiz nicht lösen. Sie will unser Land dem Brüsseler Diktat ausliefern und unsere direkte Demokratie beschneiden.

Unterwerfung unter die EU – Der Ausverkauf der Schweiz

Das dominierende Thema dieses Jahres war und bleibt der sogenannte EU-Unterwerfungsvertrag. In einer beispiellosen Geheimniskrämerei hat der Bundesrat versucht, die Schweizer Bevölkerung über den Tisch zu ziehen. Im Juni wurde das über 2000 Seiten starke Vertragsmonster endlich veröffentlicht – mit katastrophalen Folgen für unser Land. Mit diesem Vertrag kann die Europäische Union alles beschliessen, und die Schweiz muss nachvollziehen. Ob in den Bereichen Strom, Gesundheit, Landwirtschaft, Lebensmittelrecht oder Landverkehr: Wir sollen fremden Richtern unterworfen, unsere Löhne gedrückt und unsere Selbstbestimmung geopfert werden. Wenn wir nicht spüren, drohen Strafmassnahmen. Das ist Kolonialrecht in Reinkultur.

Die SVP hat als einzige Partei von Anfang an Widerstand geleistet. Im Oktober haben wir eine umfassende, 200 Seiten starke Vernehmlassungsantwort eingereicht. Darin decken wir schonungslos die Fehler und die verheerenden Folgen des EU-Unterwerfungsvertrags für unser bewährtes Staatssystem und unser Schweizer Erfolgsmodell auf. Wir haben die Lügen der EU-Turbos entlarvt und klar gemacht: Es gibt nur eine Antwort zu diesem Vertrag – ein entschiedenes Nein von Parlament, Volk und Ständen!

Dank an die Fraktion: Leadership in entscheidenden Dossiers

Dieser unermüdliche Einsatz wäre ohne die hervorragende Zusammenarbeit mit der SVP-Bundeshausfraktion nicht möglich gewesen. Unsere National- und Ständeräte haben das gesamte EU-Vertragspaket minutiös durchgearbeitet und in den jeweiligen Dossiers echtes Leadership gezeigt. Ob in der Aussenpolitik, der Wirtschaft oder der Landwirtschaft – die Fraktionsmitglieder haben mit grosser Fachkompetenz und unermüdlichem Einsatz die fatalen Konsequenzen der EU-Anbindung für die Schweiz aufgezeigt. Ihnen gebührt ein grosser Dank für ihren Einsatz an vorderster Front.

Kampf um unsere Sicherheit und Unabhängigkeit

Auch abseits der Europapolitik war das vergangene Jahr geprägt durch die ungelösten Probleme der Asylumigration und den stetigen Verlust unserer inneren Sicherheit. Die Missstände im Asylwesen, für die SP-Asylminister Beat Jans die Verantwortung trägt, gefährden den Frieden in unserem Land. Anstatt den Asylmissbrauch zu stoppen, schottet sich der Bundesrat ab und verweigert echte Lösungen.

Weder der Bundesrat noch die Mitte-Links-Mehrheit im Parlament sind willens, unsere Grenzen zu schützen. Deshalb muss das Volk das Heft selbst in die Hand nehmen.

Mit der erfolgreichen Einreichung der Grenzschutz-Initiative ("Asylmissbrauch stoppen!") und der Nachhaltigkeits-Initiative ("Keine 10-Millionen-Schweiz") haben wir die richtigen Antworten auf das herrschende Asyl-Chaos und die masslose Zuwanderung parat.

Ausblick – Für eine freie und sichere Schweiz

Im Zeichen dieses historischen Abwehrkampfes blicken wir auf das Jahr 2026. Viele Kreise in der Schweiz sind nach wie vor bereit, unser Land der EU auszuliefern. Dass sie damit unserem Wohlstand, unserer Sicherheit und unserer Freiheit schaden, nehmen sie billigend in Kauf.

Der Kampf gegen den EU-Unterwerfungsvertrag bleibt unsere oberste Priorität. Zusammen mit unseren Initiativen zur Begrenzung der Zuwanderung und zum Schutz unserer Grenzen müssen wir die Anliegen unseres Landes entschlossen vertreten. Wir sind aber auch berufen, an anderen Fronten zu kämpfen: Für eine starke, bewaffnete Neutralität, für die Entlastung des Mittelstands und für eine Politik, die den Menschen in der Schweiz dient und nicht den Bürokraten in Brüssel.



A stylized, handwritten signature in blue ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke at the end.

Henrique Schneider
Generalsekretär

1. DAS JAHR 2025 IM RÜCKBLICK

JANUAR

Für eine sichere, neutrale und freie Schweiz: Abtreten, Frau Amherd!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. Januar 2025

Dass die Schweiz nicht mehr für ihre innere und äussere Sicherheit sorgen kann, ist eine Folge politischer Irrwege – und eine Folge von Fehlbesetzungen. Namentlich im Verteidigungsdepartement (VBS) und bei der Armee. Frau Amherd beschäftigt sich lieber mit Gender-Themen in der Armee als um die Ausrüstung. Das sind die falschen Prioritäten, Frau Bundesrätin!

Die Trickserie geht weiter: Husch-Husch-Vernehmlassung für EU-Vertragsmonster

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. Januar 2025

Kurz vor Weihnachten verkündeten Bundespräsidentin Viola Amherd und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den «erfolgreichen» Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU.

Herr Asylminister Jans, Sie verantworten den Zustrom von Asylkriminellen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 24. Januar 2025

Die Missstände im Asylbereich beschäftigen den Vorstand der SVP Schweiz, der sich in Balsthal zu einer Sitzung traf. Sorge bereitet insbesondere die explodierende Asylkriminalität. Jedes Jahr kommen Zehntausende Asylschmarotzer, Kriminelle, Illegale und Terroristen ungehindert in unser Land. Wer das Zauberwort „Asyl“ ausspricht, kann in der Regel hierbleiben. Und wer kriminell ist, muss keine harten Konsequenzen fürchten. Diese Missstände verantwortet die links-grüne Asylpolitik – allen voran SP-Asylminister Beat Jans: er verweigert Grenzkontrollen, toleriert Asyltourismus und belohnt Missbräuche.

Wir wollen eine unabhängige und erfolgreiche Schweiz: Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. Januar 2025

Der Bundesrat und die anderen Parteien wollen die Schweiz der Krisen-EU ausliefern. Die EU soll künftig die Schweizer Politik bestimmen – und nicht mehr wir Schweizerinnen und Schweizer. Alt Bundesrat Christoph Blocher warnt vor dem neuen Kolonialvertrag und den Lügen der politischen Elite.

Vom Ankündigungsminister zum Ablenkungsminister: Bundesrat Beat Jans will weder das Zuwanderungsproblem noch das Asylchaos lösen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 29. Januar 2025

Der Bundesrat lehnt die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» ohne Gegenvorschlag ab. Obwohl er zugibt, dass die Zuwanderung in die Schweiz «mit Herausforderungen» verbunden sei.

FEBRUAR

Leistung und Erfolg statt links-grüne Wohlstandsvernichtung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. Februar 2025

Die Schweizer Bevölkerung hat ein klares Verdikt gesprochen: Die links-grüne Verarmungs-Initiative wurde mit über 60 Prozent Nein-Stimmen versenkt.

Die anderen Parteien wollen den EU-Unterwerfungsvertrag nicht einmal vors Volk bringen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. Februar 2025

Die anderen Parteien zeigen ihr wahres Gesicht: Sie wollen ausdrücklich keine Volksabstimmung zum EU-Knebelvertrag. So hat es die aussenpolitische Kommission des Nationalrates heute entschieden.

Finanzpolitik: Nein, den eidgenössischen Finanzen geht es nicht gut

Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. Februar 2025

Die Rechnung des Bundes für das Jahr 2024 ist besser ausgefallen, als erwartet. Dies ist trotzdem keine gute Nachricht: Denn die Rechnung schliesst negativ ab. Der Schweizer Schuldenberg wächst. Die SVP fordert deshalb strukturelle Verbesserungen, Schuldenabbau und die strikte Einhaltung der Schuldenbremse. Zudem muss die Schweiz sofort aus dem Grossmachts-getriebenen OECD-Steuerregime aussteigen.

Diese «EU-Schutzklausel» ist nichts als eine Täuschung der Bevölkerung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. Februar 2025

Der Bundesrat verkauft die Schutzklausel gegen die masslose Zuwanderung als Erfolg. Das Gegenteil ist wahr: Diese EU-Schutzklausel ist vollkommen wertlos. Sie hat einen einzigen Zweck: Mit der Schein-Schutzklausel wollen die EU-Turbos das Volk täuschen, damit es dem EU-Unterwerfungsvertrag an der Urne zustimmt.

Asyl-Kriminelle und Asyl-Schmarotzer: Sie sind Mit-Täter, Herr Jans!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. Februar 2025

In der Ostschweiz wird ein 70jähriger Rentner im Zug von einem Asyl-Afghanen spitalreif geprügelt. Kein Wort der Anteilnahme durch Asyl-Minister Jans. Geschweige denn harte Massnahmen gegen den Asylmissbrauch.

Auftrag an den neuen VBS-Vorsteher: Neutralität und Sicherheit der Schweiz wiederherstellen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. Februar 2025

Die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der Schweiz müssen wiederhergestellt werden. Das ist das klare Fazit der zweitägigen SVP-Fraktionssitzung in Thun.

Kantone und Gemeinden am Limit – Asyl-Stopp jetzt!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. Februar 2025

Gemeindevertreter schlagen Alarm und berichten über die Probleme und Missbräuche im Asylwesen. Die heutige Medienkonferenz der SVP Schweiz zeigt einmal mehr: Bundesrat Jans muss endlich handeln und den Asyl-Missbrauch stoppen.

MÄRZ

Auftrag an den neuen VBS-Vorsteher: Neutralität und Sicherheit der Schweiz wiederherstellen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 4. März 2025

Die SVP-Fraktion hat die beiden offiziellen Bundesratskandidaten der Mitte zur Anhörung empfangen. Dabei standen zentrale Fragen der Sicherheit, Verteidigungsfähigkeit und bewaffneten Neutralität im Vordergrund.

SVP misst den neuen VBS-Vorsteher an seinem Auftrag: Wiederherstellung der Sicherheit und der bewaffneten Neutralität

Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. März 2025

Die SVP-Fraktion steht zur Konkordanz. Das heisst, die vier wählerstärksten Parteien bilden die Regierung. Die drei wählerstärksten Parteien stellen je zwei Mitglieder, die viertgrösste Partei ein Mitglied im Bundesrat. Die SVP-Fraktion respektiert das offizielle Ticket der Mitte-Fraktion.

Erfolg für die SVP: National- und Ständerat wollen endlich bei kriminellen Asylmigranten härter durchgreifen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 14. März 2025

Das herrschende Asyl-Chaos gefährdet die innere Sicherheit der Schweiz und kostet die Steuerzahler Milliarden. Die SVP forderte in der ausserordentlichen Session Null-Toleranz im Umgang mit kriminellen Asylanten – mit Erfolg: National- und Ständerat haben die entsprechenden Motionen angenommen. Den dringend nötigen Kurswechsel in der Asylpolitik hingegen verhinderten einmal mehr SP, Grüne, Grünliberale und die Mitte.

Trotz Asyl-Chaos: Bundesrat Jans holt freiwillig Asyl-Schmarotzer in die Schweiz – mit Unterstützung der FDP-Bundesräte!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. März 2024

Es ist haarsträubend: Die Asylpolitik ist komplett gescheitert, kostet Milliarden und gefährdet unsere innere Sicherheit. Trotzdem will sich SP-Asylvorsteher Jans freiwillig am «EU-Asyl-Solidaritätsmechanismus» beteiligen – und die FDP-Bundesräte helfen mit.

Alles für den EU-Unterwerfungsvertrag: Bundesrat unterwirft sich den Gewerkschaften und missbraucht Vertrag für eigene Anliegen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 24. März 2025

Dreister geht es kaum: Um die Zustimmung der Gewerkschaften zum EU-Unterwerfungsvertrag zu gewinnen, greift der Bundesrat tief in die Trickkiste. Ausweitung der allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge, mehr Kontrollen, Bürokratie und Dokumentationen und nun sogar einen Kündigungsschutz für Mitarbeitervertreter und Gewerkschaftstätige. Kurz, alles, was die Gewerkschaften fordern, wird ihnen nun gewährt. Und damit der flexible Arbeitsmarkt der Schweiz geopfert. Währenddessen behalten sich die Gewerkschaften ihre Zustimmung zum EU-Unterwerfungsvertrag trotzdem noch bis zur Volksabstimmung vor und fordern fröhlich und laufend weitere Zugeständnisse. Der Bundesrat, aber auch die Arbeitgeberverbände, werden machtpolitisch an der Nase herumgeführt. Leidtragende sind die Arbeitnehmer, welche bezahlen werden, sich dem Diktat der Gewerkschaften unterwerfen müssen und deren Arbeitsplätze, wie bereits in der EU, letztlich verloren gehen.

Asyl-Chaos von Bundesrat Jans: Kantone müssen die Reissleine ziehen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. März 2025

In Lausanne tagte der Parteivorstand der SVP Schweiz. Die kantonalen Vertreter schlugen Alarm wegen des Asyl-Chaos und der explodierenden Kriminalität.

In Sicherheit und Freiheit leben!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 29. März 2025

Die innere und äussere Sicherheit der Schweiz ist bedroht. Die Delegierten der SVP Schweiz fordern an ihrer Versammlung in Puidoux (VD) Grenzkontrollen, die sofortige Ausschaffung krimineller Ausländer und eine starke Armee im Zeichen der bewaffneten Neutralität.

APRIL

Der Bundesrat will der EU über 1 Milliarde Steuerfranken in den Rachen werfen – pro Jahr!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 2. April 2025

Die Bundesfinanzen sind in Schieflage. Trotzdem verschleudert die Mitte-links-Mehrheit des Bundesrates zusätzlich Milliarden Franken ins Ausland. Mit dem «EU-Programmabkommen» (EUPA) müssen die Schweizer Steuerzahler insgesamt 1 Milliarde Franken pro Jahr an Brüssel abliefern.

EU-Unterwerfungsvertrag: Mit dieser undemokratischen Trickserie will der Bundesrat das Volk über den Tisch ziehen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 10. April 2025

Die EU-Turbos im Bundesrat wollen Teile des geplanten EU-Unterwerfungsvertrages bereits anwenden – obwohl die Bevölkerung weder den konkreten Inhalt dieses Vertrages kennt, geschweige denn dazu Ja gesagt hat! Damit wollen die Befürworter des EU-Unterwerfungsvertrages Fakten schaffen, um das Volk bei der Abstimmung besser erpressen zu können.

Bevölkerungsentwicklung: ständig falsche Prognosen des Bundes sollen Schweizerinnen und Schweizer einlullen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. April 2025

Der Bund geht in seinen neusten Prognosen erst 2040 von einer 10-Millionen-Schweiz aus. Dabei zählte unser kleines Land bereits Ende 2024 über 9 Millionen Einwohner. Hauptgrund für das rasende Bevölkerungswachstum ist die Personenfreizügigkeit, die mit dem geplanten neuen EU-Vertrag sogar noch weiter ausgebaut werden soll. Damit dürfte die 10-Millionen-Schweiz bereits vor 2040 Realität sein. Verhindern kann dies nur die Volksinitiative der SVP «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)».

EU-Unterwerfungsvertrag: Der Bundesrat will dem Volk das Stimmrecht entziehen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 30. April 2025

Es ist ein Skandal: Der Bundesrat will keine obligatorische Volksabstimmung zum EU-Unterwerfungsvertrag. Gemäss dem Entscheid des Bundesgerichts steht dieser für unser Land in jeder Hinsicht schädliche Vertrag über der Verfassung der Schweiz. Zuerst versteckt der Bundesrat den EU-Unterwerfungsvertrag vor dem Parlament. Dann will er ihn nicht einmal dem Souverän unterbreiten. Das ist vollkommen inakzeptabel. In unserer direkten Demokratie haben nämlich Volk und Kantone das Sagen. Mit seinem Vorgehen stellt sich der Bundesrat gegen die Schweizer Demokratie.

MAI

Unglaublich! Bundesrat will Asylanten jetzt noch direkt importieren

Auszug aus der Medienmitteilung vom 1. Mai 2025

Obwohl die Kantone und Gemeinden bereits jetzt am Anschlag sind. Obwohl wir bereits jetzt Milliarden Franken für Asylschmarotzer ausgeben. Obwohl die Bevölkerung unter den Asylkriminellen leidet. All das ist dem Bundesrat egal: Er will jetzt noch zusätzlich Asylanten einfliegen.

Individualbesteuerung: Nein zum Angriff auf den Mittelstand!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 5. Mai 2025

Die Bundeshausfraktion der SVP lehnt sowohl die Volksinitiative als auch den Gegenvorschlag zur Individualbesteuerung klar ab. Dies weil die Vorlage zu massiv mehr Bürokratie, einem Ausbau der Verwaltung sowie zu neuen Ungerechtigkeiten führen würde. Insbesondere der Mittelstand müsste massiv mehr bezahlen, während Einkommensmillionäre stark profitieren würden.

EU-Unterwerfungsvertrag: «Noch schlimmer für die Schweiz als befürchtet»

Auszug aus der Medienmitteilung vom 7. Mai 2025

Dass der Bundesrat den EU-Vertrag geheim hält, ist ein Affront gegen die direkte Demokratie und die Bevölkerung. Zumal gemäss «Blick» EU-Parlamentarier den Vertrag noch vor dem Schweizer Volk lesen konnten. Auf Druck der SVP konnten einzelne Schweizer Parlamentarier Einsicht nehmen. Für die SVP waren Vizepräsidentin Magdalena Martullo-Blocher und Fraktionspräsident Thomas Aeschi dort. Ihr Fazit: «Der EU-Vertrag ist für die Schweiz noch schlimmer als befürchtet.»

Nichts als Lug und Trug: Die «Schutzklausel» ist vollkommen wertlos

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. Mai 2025

Der EU-Unterwerfungsvertrag wird die Zuwanderung in die Schweiz weiter anheizen. Die sogenannte «Schutzklausel» ist komplett wirkungslos: Das Bundesgericht stellt die Personenfreizügigkeit über Schweizer Recht. Dass der Bundesrat die Schutzklausel trotzdem als Erfolg verkauft, hat nur einen Zweck: Der Schutzklausel-Bschiss soll die Bevölkerung einlullen, damit sie die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» der SVP an der Urne ablehnt.

Nationalratskommission beweist: Nur die Nachhaltigkeit-Initiative der SVP löst das Zuwanderungsproblem

Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. Mai 2025

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats ist gegen die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» und lenkt mit einem zahnlosen Gegenvorschlag ab. Die anderen Parteien wollen offensichtlich nichts Griffiges unternehmen gegen die Zubetonierung der Schweiz, die Wohnungsnot und die organisierte Asylummigration.

EU-Unterwerfungsvertrag: Ein schwarzer Tag für die Schweizer Demokratie und Selbstbestimmung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. Mai 2025

Die EU-hörige Bundesverwaltung hat heute den EU-Unterwerfungsvertrag abgesegnet. Es wartet ein 1800-Seiten-Vertragsmonster. Wir Schweizerinnen und Schweizer sollen entmündigt werden.

Mehr Geld für die Sicherheit – weniger Zwangsgebühren für die SRG

Auszug aus der Medienmitteilung vom 23. Mai 2025

Die Schweiz muss mehr tun für die innere und äussere Sicherheit: Die SVP-Fraktion fordert eine Milliarde Franken mehr für die Ausrüstung der Armee und längere Freiheitsstrafen mit anschliessender Verwahrung von schweren Gewaltverbrechern.

Hände weg von der bewährten Schuldenbremse!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 24. Mai 2025

Einmal mehr versucht das Parlament, die Schuldenbremse aufzuweichen. Die SVP-Fraktion lehnt diese Trickserei ab.

Wer die Schweizer Sicherheit stärken will, muss sich zur bewaffneten Neutralität bekennen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. Mai 2025

Die Schweiz braucht eine starke Armee und eine glaubwürdige Sicherheitspolitik. Die SVP erwartet vom neuen VBS-Chef ein klares Bekenntnis zur bewaffneten Neutralität.

Statt noch mehr Steuern und Abgaben: Bundesrätin Baume-Schneider soll endlich eine brauchbare AHV-Reform vorlegen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. Juni 2025

Weiter verlangt die SVP-Fraktion ein Ende der bundesrätlichen Geheimniskrämerei rund um den geplanten EU-Unterwerfungsvertrag.

Die Schweiz soll noch freiwillig mehr Asylschmarotzer aufnehmen: SVP-Fraktion lehnt EU-Migrations- und Asylpakt ab

Auszug aus der Medienmitteilung vom 10. Juni 2025

Die bewaffnete Neutralität sorgt seit über 200 Jahren für Frieden und Wohlstand in der Schweiz. SVP-Fraktion unterstützt einstimmig die Neutralitätsinitiative.

«Wir werden diesen EU-Unterwerfungsvertrag mit allen Mitteln bekämpfen!»

Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. Juni 2025

Der SVP-Fraktionsausflug führte dieses Jahr auf das Rütli. Mit Blick auf den geplanten EU-Unterwerfungsvertrag ist klar: Wir Schweizerinnen und Schweizer wollen keine fremden EU-Richter. Wir wollen unsere Gesetze und Regeln selber bestimmen.

«Bundesrat Cassis will die Schweiz an die EU ausliefern. Unser Herz schlägt für die Schweiz!»

Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. Juni 2025

Nach monatelanger Geheimniskrämerei wird heute der EU-Unterwerfungsvertrag veröffentlicht. Die SVP wird diesen Angriff auf unsere Demokratie und Selbstbestimmung mit allen Mitteln bekämpfen.

Beste Steuerzahler vertreiben – wir bezahlen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 20. Juni 2025

Die extreme «Juso-Initiative» trifft den Mittelstand mit voller Wucht. Sie vertreibt die besten Steuerzahler aus der Schweiz und führt für den typischen Haushalt zu Steuererhöhungen von jährlich bis zu 1265 Franken. Weiter bedroht die brutale 50%- Erbschaftssteuer die Existenz von Familienunternehmen und verursacht hohe volkswirtschaftliche Kosten. Die Initiative ist ein Verlustgeschäft für alle. Eine breite Allianz bekämpft das sozialistische Ansinnen.

Auch beim EU-Vertrag hat der Bundesrat zum Nachteil der Schweiz verhandelt

Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. Juni 2025

So wird die Bevölkerung über den Tisch gezogen: Bei der Abstimmung zur Beschaffung des US-Militärjets F-35 im Jahr 2020 hat der Bundesrat der Bevölkerung versprochen, die Flugzeuge würden zum Fixpreis von 6 Milliarden Franken beschafft. Jetzt stellt sich heraus: Die Flugzeuge sollen über 1 Milliarde teurer sein. Beim EU-Vertrag verhält es sich ähnlich: Auch dieser wurde von Bundesrat und Verwaltung zum Nachteil der Schweiz verhandelt.

Die anderen Parteien lehnen die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» ab: die Sorgen der Bevölkerung sind ihnen offensichtlich egal

Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. Juni 2025

Die Mehrheit der Staatspolitischen Kommission lehnt die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeits-Initiative)» der SVP ab. Deutlicher können FDP, Mitte, SP, Grüne und GLP nicht zeigen, dass ihnen die Sorgen der Bevölkerung egal sind, die zunehmend unter der masslosen Zuwanderung leidet.

JULI

Nein zum Steuerschwindel: Überparteiliche Allianz lanciert Referendum gegen die Individualbesteuerung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. Juli 2025

An der heutigen Medienkonferenz hat die überparteiliche Allianz das Referendum gegen die vom Parlament beschlossene Einführung der Individualbesteuerung lanciert. Diese Reform schafft neue Ungleichheiten und ist ein riesiges Bürokratiemonster. Deshalb haben Die Mitte, EVP, SVP und EDU gemeinsam das Referendum gegen diesen Steuerschwindel ergriffen.

Wirtschaftsminister Guy Parmelin geht den Königsweg: Freihandel statt EU-Unterwerfung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. Juli 2025

Die SVP begrüsst den Abschluss von Freihandelsabkommen. Das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten ist bereits das vierte Abkommen, das unser Bundesrat Guy Parmelin in diesem Jahr erfolgreich für die Schweiz verhandelt hat. Damit geht der Wirtschaftsminister konsequent den Weg, der gut ist für unsere Wirtschaft, unseren Wohlstand und unser Land: Freihandel mit möglichst vielen Ländern, statt EU-Unterwerfung. Im Unterschied zum Unterwerfungsvertrag mit der EU muss die Schweiz bei diesem Abkommen keine Milliardenbeträge bezahlen, um Handel betreiben zu können. Die SVP wird nun genau prüfen, ob die gemachten Versprechungen zur Landwirtschaft im Mercosur Abkommen eingehalten wurden und ob es Begleitmassnahmen braucht.

Prix Résistance: Die SVP zeichnet persönlichen Mut und politischen Widerstand aus

Auszug aus der Medienmitteilung vom 7. Juli 2025

Behördenwillkür, linksgrüne Verbots- und Bevormundungspolitik, Aushebelung der demokratischen Rechte: Es braucht mutige Menschen, die sich gegen den übergriffigen Staat wehren.

Skrupellose Gewinnmaximierung: Die selbsternannte Wirtschaft-Verbands-Elite verscherbelt die Schweiz an die EU

Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. Juli 2025

Seit dem 13. Juni ist der EU-Unterwerfungsvertrag öffentlich. Es handelt sich um 2'228 Seiten Vernehmlassungsunterlagen – mit allen Querverweisen und zusätzlichen EU-Richtlinien sind es über 20'000 Seiten juristische Texte! Es ist unseriös, dass Economiesuisse und der Arbeitgeberverband dem EU-Vertrag nur vier Wochen nach Vernehmlassungseröffnung zustimmen. Ganz offensichtlich ist die sogenannte Wirtschaftselite bereit, die Schweiz und die Schweizer Bevölkerung für die kurzfristige eigene Gewinnmaximierung an die EU zu verscherbeln.

AUGUST

Für eine sichere Schweiz braucht es eine funktionierende und zeitgemäss ausgerüstete Armee

Auszug aus der Medienmitteilung vom 6. August 2025

Die Schweizer Armee muss mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden, damit sie wieder kämpfen kann: Für eine sichere und neutrale Schweiz. Ausländische Staatsangehörige haben sich an der Sicherheit der Schweiz zu beteiligen: mit einer solidarisches Wehrpflicht-Ersatzabgabe.

US-Zölle: Jetzt ist die Wirtschaft zu entlasten!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 7. August 2025

Der Bundesrat hat die Beziehungen zu den USA sträflich vernachlässigt – dies belegt der Spitzenzollsatz der USA von 39%. Um Schaden von unserer Wirtschaft abzuwenden und unseren Wohlstand zu erhalten, sind jetzt umgehend Regulierungen abzubauen und weitere Freihandelsabkommen abzuschliessen. Auf keinen Fall darf sich die Schweiz an die erpresserische EU anbinden, die ihre Wirtschaft zu Tode reguliert.

SVP-Fraktionsklausur zum EU-Vertragspaket – eine erste Bilanz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. August 2025

Während der Sommerwochen prüfte die Bundeshausfraktion der SVP den über 2000 Seiten umfassenden EU-Unterwerfungsvertrag und seine Folgen für unsere direkte Demokratie sowie für die Bereiche Strom, Gesundheit, Zuwanderung, Landwirtschaft, Lebensmittelrecht und Landverkehr. An der heutigen ausserordentlichen Fraktionsklausur zog die SVP eine erste Bilanz: Auf dem Tisch liegt ein katastrophales Verhandlungsergebnis. Mit diesem Vertrag kann die Europäische Union ALLES beschliessen, die Schweiz muss nachvollziehen. Wenn wir das nicht tun, wird es Strafmassnahmen geben. Das ist Kolonialrecht in Reinkultur.

Katastrophales EU-Vertragspaket: Die EU-Turbos führen die Schweizerinnen und Schweizer schamlos hinters Licht

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. August 2025

Die Folgen des EU-Vertragspaketes sind für die Schweiz und die Schweizer Bevölkerung in jeder Hinsicht katastrophal. Auch wird immer klarer, wie schamlos die EU-Turbos das Volk hinters Licht führen. Zu diesem Schluss kommt der Vorstand der SVP Schweiz, der sich in Schaffhausen (SH) über die Zwischenbilanz der SVP-Fraktion zum EU-Vertragspaket informieren liess. Zudem verabschiedete der Parteivorstand zuhanden der Delegiertenversammlung die NEIN-Parole zur E-ID und zur links-extremen Juso-Enteignungsinitiative.

«Die Kündigung der Personenfreizügigkeit wäre für die Schweiz gut verkraftbar»

Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. August 2025

Im Zentrum der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Schaffhausen stand die masslose Zuwanderung. Sie ist verantwortlich für fast alle Probleme – insbesondere für die explodierende Kriminalität –, unter denen die Schweizer Bevölkerung leidet. Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag wird sich die Lage weiter verschlechtern. Die SVP ist die einzige Partei, die die Probleme benennt und bereit ist, sie zu lösen. Die Delegierten fassten in Schaffhausen die NEIN-Parole zur links-extremen Enteignungsinitiative der Juso und zum E-ID-Gesetz.

Jetzt die Wirtschaft entlasten – für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Wohlstand der Schweiz!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. August 2025

Internationale Krisen, die 39% US-Zölle auf Schweizer Importen und eine verantwortungslose Politik von Mitte-links im Inland drücken unserer Wirtschaft immer mehr die Luft ab. Hinzu kommt, dass die Linken und Grünen aller Parteien die Steuergelder mit vollen Händen ausgeben und die Schweiz an die völlig überschuldete und überregulierte EU anbinden wollen. Zur Stärkung des Arbeitsplatzes Schweiz, für den Erhalt von Arbeitsplätzen und damit dem Wohlstand unseres Landes legt die SVP ein dringend nötiges Entlastungs- und Deregulierungsprogramm vor.

Volksfest und Volksrechte

Auszug aus der Medienmitteilung vom 29. August 2025

Asyl, Schuldenbremse und obligatorische Volksabstimmung zum EU-Unterwerfungsvertrag: Die SVP-Fraktion traf sich am Rande des Eidgenössischen Schwingfests in Glarus.

Landesverweis für Kriminaltouristen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 30. August 2025

Die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung hat oberste Priorität: Die SVP-Fraktion lehnt militärische Abenteuer mit der EU ab und befürwortet den vereinfachten Landesverweis für Kriminaltouristen und Illegale.

Explodierende Gesundheitskosten: Zuwanderer sollen nicht länger von unserem System profitieren

Auszug aus der Medienmitteilung vom 2. September 2025

Die Gesundheitskosten explodieren: Seit dem Jahr 2000 haben sie sich mehr als verdoppelt. Zu den wichtigsten Kostentreibern gehört die masslose Zuwanderung. Zuwanderer profitieren vom ersten Tag in der Schweiz von unserem Gesundheitssystem – ohne jemals einen Franken einbezahlt zu haben. Auch Asylmigranten erhalten sofort Zugang zu sämtlichen Gesundheits-Leistungen – und verursachen erwiesenermassen höhere Kosten als der Rest der Bevölkerung. Um die Gesundheitskosten endlich in den Griff zu bekommen, sind Reformen dringend nötig. Dazu gehören eine höhere Kostenbeteiligung von Zuwanderern und Einschränkungen bei den Leistungen für Asylanter.

Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz»: Nur die SVP will die masslose Zuwanderung und das Asyl-Chaos stoppen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. September 2025

Die masslose Zuwanderung und das Asyl-Chaos schaden unserem Land massiv. Doch statt die Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen und die Probleme zu lösen, will die Mitte-links-Mehrheit in Bundesrat und Parlament mit dem EU-Unterwerfungsvertrag und dem EU-Migrationspakt noch mehr Zuwanderer und Asylschmarotzer ins Land holen. Die Bundeshausfraktion der SVP lehnt dies entschieden ab und setzt sich zusätzlich zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeits-Initiative)» mit einer ausserordentlichen Asyl-Session dafür ein, dass der Missbrauch unseres Asylsystems gestoppt wird.

SECO-Studie zeigt, dass ein NEIN zum EU-Unterwerfungsvertrag wirtschaftlich verkraftbar wäre

Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. September 2025

Die Bundeshausfraktion der SVP befasste sich an ihrer Sitzung eingehend mit den Folgen einer Ablehnung des EU-Unterwerfungsvertrages für die Schweiz sowie mit der Frage des obligatorischen Referendums. Als externe Referenten traten Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger und alt Bundesrichter Hansjörg Seiler auf. Das Fazit der Experten: Laut Reiner Eichenberger belegt die vom Bundesrat in Auftrag gegebene Ecoplan-Studie, dass ein Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag kaum negative Konsequenzen für den Wohlstand der Schweizer Bevölkerung hat. Und gemäss Hansjörg Seiler ist das Ständemehr bei der Abstimmung über den EU-Unterwerfungsvertrag zwingend notwendig.

Nachruf auf Alfred Heer

Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. September 2025

Die SVP-Fraktion trauert um Alfred Heer. Mit ihm verliert die Schweizer Politik eine markante und unbestechliche Stimme. Er hat die Partei über dreissig Jahre lang geprägt und gehörte zu den national bekanntesten Vertretern der SVP.

Dabei hat er nie seine Person oder sein Amt als Nationalrat ins Zentrum gestellt. Alfred Heer war für alle «Fredy»: Direkt im Umgang, klar in seinen Positionen, ein Volksvertreter, der keinen Unterschied machte zwischen einem Bundesrat und dem einfachen Mann auf der Strasse. So hat er sich auch über die Parteigrenzen hinweg Respekt verschafft.

Fredy Heer hat in verschiedenen Funktionen Verantwortung für die Partei übernommen: als langjähriger Präsident der Zürcher SVP und zuletzt als Vize-Präsident der SVP-Fraktion im Bundeshaus.

Sein unerwarteter Tod trifft uns alle. Wir möchten speziell seiner Familie und seinem nächsten Umfeld unser Beileid aussprechen.

Lieber Fredy, wir vermissen deinen Humor, deine Schlagfertigkeit, deinen unabhängigen Geist.

Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz
Thomas Aeschi, Fraktionspräsident SVP Schweiz

Unsere Grenzen schützen – kriminelle Asymigration stoppen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 24. September 2025

Die SVP Schweiz hat heute die Volksinitiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)» eingereicht. Die Schweizer Bevölkerung hat die Nase voll von der illegalen Asymigration, die uns Milliardenkosten und noch mehr Kriminalität bringt.

Nein zur Nachhaltigkeits-Initiative: Nur die SVP kämpft für die Begrenzung der Massenzuwanderung!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. September 2025

Die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer leidet unter der masslosen Zuwanderung. Aber im Nationalrat herrscht die totale Ignoranz: FDP, Mitte, Grünliberale, SP und Grüne lehnen die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» ab. Nur die SVP und die EDU wollen die schädliche Massenzuwanderung stoppen.

Mit der Abschaffung des Eigenmietwerts wird der Mittelstand entlastet

Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. September 2025

Die SVP nimmt das Ja zur Abschaffung des Eigenmietwertes erfreut zur Kenntnis. Dieser Entscheid ist historisch. Er stärkt den Mittelstand, der jahrzehntelang mit dieser ungerechten «Strafsteuer» belastet worden ist. Mit dem Ja zur Einführung der elektronischen Identität (E-ID-Gesetz) ist der Bundesrat nun in der Pflicht: Wer Freiwilligkeit verspricht, muss sie unbedingt einhalten.

Bundesrat bricht seine Versprechen: Schutzstatus S wird zur permanenten Einwanderung in die Sozialsysteme

Auszug aus der Medienmitteilung vom 8. Oktober 2025

Der Bundesrat hat den Schutzstatus S für ukrainische Flüchtlinge erneut um ein weiteres Jahr verlängert. Damit bricht die Regierung einmal mehr ihr Versprechen, dass es sich um einen vorübergehenden, auf eine rasche Rückkehr ausgerichteten Schutz handle. Die SVP verurteilt diese unehrliche Salomitaktik, die zu einer dauerhaften Einwanderung in die Schweizer Sozialsysteme führt und die Steuerzahler Milliarden kostet.

Nein zum Steuerschwindel: Referendum gegen Individualbesteuerung eingereicht

Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. Oktober 2025

Heute hat die überparteiliche Allianz 65'672 Unterschriften für das Referendum gegen die vom Parlament beschlossene Einführung der Individualbesteuerung eingereicht. Diese Reform schafft neue Ungerechtigkeiten und ist ein riesiges Bürokratiemonster. Nun entscheidet die Stimmbevölkerung über die Einführung der Individualbesteuerung.

Linker Gewaltexzess in Bern

Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. Oktober 2025

Die Bilder schockieren: Ein linksextremer Mob wütet in der Stadt Bern. Die SVP Schweiz fordert lückenlose Aufklärung und politische Konsequenzen. Den beteiligten NGOs und Parteien sind alle direkten und indirekten Staatsgelder zu entziehen.

Verbot von Auslandsreisen für Asylanten und Ukrainer mit Schutzstatus S: Bundesrat sabotiert Parlamentsentscheid

Auszug aus der Medienmitteilung vom 23. Oktober 2025

Nationalrat und Ständerat haben 2021 ein generelles Verbot von Auslandsreisen für Asylbewerber, vorläufig Aufgenommene und Personen mit Schutzstatus S beschlossen. Doch die Mitte-links-Mehrheit des Bundesrates sabotierte den Auftrag des Gesetzgebers vier Jahre lang, indem sie ihn einfach nicht umsetzte. Diese Arbeitsverweigerung ist staatspolitisch skandalös, zumal der Bundesrat unter Federführung von Asylvorsteher Beat Jans den Parlamentsentscheid nun eigenmächtig teilweise aushebeln und Ukrainer vom Reiseverbot ausnehmen will.

Beat Jans und seine Vertuscher-Beamten

Auszug aus der Medienmitteilung vom 24. Oktober 2025

Mehr Sicherheit für die Schweiz. An seiner Sitzung in Wimmis (BE) schaffte der Parteivorstand der SVP Schweiz Klarheit: Ausländerkriminalität muss beim Namen genannt werden und die «Service-Citoyen-Initiative» untergräbt die Schweizer Wehrpflicht.

«Die EU will an unsere Honig-Töpfe»

Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. Oktober 2025

An der Delegiertenversammlung in Wimmis (BE) bekräftigte die SVP Schweiz ihren Kampf gegen den EU-Unterwerfungsvertrag. Die Schweiz ist erfolgreich, weil sie unabhängig ist und selber bestimmt.

Es gibt nur eine Antwort zu diesem EU-Unterwerfungsvertrag: Ein entschiedenes Nein von Parlament, Volk und Ständen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. Oktober 2025

Die SVP-Fraktion hat das 2'228-Seiten Vertragspaket mit der EU durchgearbeitet. Mit einem klaren Fazit: Dieser EU-Unterwerfungsvertrag stellt unser bewährtes Staatssystem auf den Kopf und zerstört unser Schweizer Erfolgsmodell.

Offener Brief an Bundesrat Cassis: «Es geht um unsere einzigartige Schweiz»

Auszug aus der Medienmitteilung vom 31. Oktober 2025

Die SVP hat heute ihre Vernehmlassungsantwort eingereicht. Auf 200 Seiten deckt sie die Fehler und Folgen des EU-Unterwerfungsvertrags auf. Fraktionspräsident Thomas Aeschi erklärt in einem offenen Brief an Bundesrat Cassis, was die Schweiz ausmacht und warum wir keine Demokratie von Brüssels Gnaden wollen.

NOVEMBER

Gut gemacht, Herr Bundesrat Parmelin!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 14. November 2025

Die Schweiz konnte die US-Zölle deutlich senken. Das Beispiel zeigt: Wir müssen auch in Zukunft eigenständig handeln können. Der EU-Unterwerfungsvertrag ist keine Lösung: Die Schweiz würde sich der EU-Bürokratie ausliefern. Bis in alle Ewigkeit.

Sicherheit und Souveränität – auch für den Schweizer Rüstungsstandort

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. November 2025

Zur Vorbereitung der Wintersession traf sich die SVP-Fraktion in der Obwaldner Tourismusgemeinde Engelberg. Auch hier leidet die Alpwirtschaft unter der ungebrems-ten Ausbreitung des Wolfs.

Weniger Geld für das milliardenteure Asyl-Chaos

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. November 2025

Der Staat wird immer gefrässiger: Der Bundesrat will 2026 über 90 Milliarden Franken Steuergelder ausgeben. Die SVP-Fraktion verlangt Kürzungen bei der Entwicklungshilfe und im Asyl-Bereich.

Weniger Bürokratie in der Schweiz heisst Nein zu den Bürokratie-Verträgen mit der EU

Auszug aus der Medienmitteilung vom 24. November 2025

Die SVP begrüsst den gemeinsamen Kampf der Landwirtschaft- und Wirtschaftsverbände gegen die überbordende Bürokratie. Allerdings verheddert sich die Economie-suisse in peinliche Widersprüche. Sie fordert weniger Bürokratie in der Schweiz und will unser Land gleichzeitig an die grösste Regulierungsmaschine der Welt ketten: die EU.

Jetzt ist es offiziell: Dank der SVP kann die Schweizer Bevölkerung den hunderttausendfachen Asylmissbrauch stoppen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. November 2025

Die Bundeskanzlei bestätigt: Die eidgenössische Volksinitiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)» ist zustande gekommen. Die Schweizerinnen und Schweizer haben genug vom hunderttausendfachen Asylmissbrauch, von der steigenden Asyl-Kriminalität und von der Plünderung unserer Sozialwerke. Dank der eidgenössischen Volksinitiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)» der SVP können die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das linke Asyl-Chaos an der Urne stoppen.

Eine demokratische Ohrfeige für die links-radikale Juso

Auszug aus der Medienmitteilung vom 30. November 2025

Antidemokratisch, gewalttätig und mit Enteignungsfantasien: Die Juso hat sich schon länger ins linksextreme Lager verabschiedet. Dass die SP die Initiative ihrer radikalen Jungpartei unterstützt hat, lässt tief blicken. Die zerstörerische Politik von links muss gestoppt werden.

DEZEMBER

Es geht um die Wurst: Öko-Initiative will Schweizer Bevölkerung zu Zwangsvegetariern machen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 2. Dezember 2025

Es braucht weder ein nationales Feuerwerksverbot noch eine nationale Zwangsabgabe bei Erdbeben. Die SVP-Fraktion lehnt zudem die «Ernährungsinitiative» ab: Einmal mehr wollen grüne Öko-Fundis die Schweizer Bevölkerung bevormunden.

Schwerer Tabubruch: Der Bundesrat übernimmt den Propaganda-Namen der EU-Lobbyisten

Auszug aus der Medienmitteilung vom 4. Dezember 2025

Dass ein Konkordanz-Gremium wie der Bundesrat einseitig einen politischen Kampfbegriff übernimmt, ist ein schamloser Tabu-Bruch. Die «Bilateralen III» bleiben, was sie sind: ein EU-Unterwerfungsvertrag.

Die nächsten zwei Jahre sind entscheidend für die Zukunft der Schweiz – die SVP-Fraktion ist bereit

Auszug aus der Medienmitteilung vom 8. Dezember 2025

Die Schweiz steht am Scheideweg: mit dem EU-Unterwerfungsvertrag, der Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» und der Grenzschutz-Initiative «Asylmissbrauch stoppen!» werden in der zweiten Hälfte der 52. Legislatur die Weichen für die Zukunft unseres Landes gestellt. In der Bilanz zur Legislaturmitte verweist Fraktionspräsident Thomas Aeschi auf die für die Schweizer Bevölkerung insbesondere im Asylbereich erreichten Erfolge. Auch in den kommenden zwei Legislaturjahren wird sich die Bundeshausfraktion der SVP entschieden für die Freiheit, Sicherheit und den Wohlstand unseres Landes einsetzen.

Der Staat hat mehr als genug Geld!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. Dezember 2025

Je mehr Geld der Staat hat, desto mehr gibt er aus: Für Beamte, für Bürokratie- und Umverteilungsprojekte. Die SVP-Fraktion fordert: Dieser staatliche Raubzug auf das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger muss gestoppt werden.

Bundratsmehrheit ist gegen SVP-Initiative «Asylmissbrauch stoppen!»

Auszug aus der Medienmitteilung vom 12. Dezember 2025

Die FDP/Mitte/SP-Bundesräte wollen weder die Schweizer Grenzen schützen noch die kriminelle Asylumigration stoppen. Jetzt muss die Schweizer Stimmbewölkerung die Notbremse ziehen.

Wer die Schweiz liebt, zeigt jetzt Flagge!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. Dezember 2025

Unterstützen Sie die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» – denn die abgehobenen Politiker in Bern ignorieren die Zuwanderungsprobleme.

Schweizer Bevölkerung schützen: vor Asyl-Kriminellen, Illegalen und häuslichen Gewalttätern

Auszug aus der Medienmitteilung vom 23. Dezember 2025

Die linksgrüne Migrationspolitik ist gescheitert. Die SVP-Fraktion fordert griffige Massnahmen: Von Arrest bis Ausschaffung.

2. VORSTÖSSE AUS DER SVP-FRAKTION

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion sind im Berichtsjahr 557 Fragen für die Fragestunde, 236 Interpellationen, 220 Motionen, 12 Anfragen, 27 Parlamentarische Initiativen und 31 Postulate eingereicht worden.

Die SVP-Fraktion hat im Berichtsjahr 17 Motionen sowie ein Postulat eingereicht.

Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter www.parlament.ch (Curia Vista, Geschäftsdatenbank) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

2.1 Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2025 hat die SVP folgende **Positionspapiere und Argumentarien** veröffentlicht:

- Agrarpolitik 2030+: Für eine starke, produzierende und unternehmerische Landwirtschaft (Dezember 2025)
- Tiefere Krankenkassenprämien für den Mittelstand dank Kostensenkungen im Gesundheitswesen (September 2025)
- Bewaffnete Neutralität macht die Schweiz sicher und stark (August 2025)

Die Positionspapiere sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Positionen>Positionspapiere) abrufbar.

2.2 Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2025 hat die SVP an **77 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Entwurf für ein Bundesgesetz über die Gasversorgung (GasVG)
- Verordnungsänderungen im Bereich des Bundesamts für Energie (BFE) mit Inkrafttreten am 1. Juli 2026
- Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»
- Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung seltener Krankheiten (BKSG)
- Abgabe auf der Fahrleistung von Elektrofahrzeugen oder Steuer auf dem Ladestrom für Elektrofahrzeuge
- Änderung des Zivilgesetzbuches (Eintragung der elterlichen Sorge in die Einwohnerregister)
- Änderung von vier Verordnungen des Strassenverkehrsrechts bezüglich Anpassungen für Elektro-Nutzfahrzeuge bis 4,25 Tonnen
- 25.404 n Pa. Iv. WBK-N. Indirekter Gegenentwurf zur Stopfleber-Initiative
- Umsetzung der Motion 21.4516 Schilliger «Hierarchie des Strassennetzes innerorts und ausserorts sichern»
- Verordnung über die Änderung verschiedener Verordnungen im Bereich der beruflichen Vorsorge 2026

- Änderung der Verordnung über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung (VORA) (Einbezug der im Ausland wohnhaften Versicherten in den Risikoausgleich; Einheitliche Finanzierung der Leistungen)
- Bundesgesetz über die Cannabisprodukte (CanPG)
- Verordnung über die Umsetzung von Solidaritätsmassnahmen zur Gewährleistung der Gasversorgung in einer schweren Mangellage
- Genehmigung der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2027
- Genehmigung des Abkommens zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und dem Ministerkabinett der Ukraine über die Zusammenarbeit im Wiederaufbauprozess der Ukraine
- Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU» (EU-Unterwerfungsvertrag)
- Änderung der Verordnung über das Informationssystem Strassenverkehrskontrollen
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die gemeinsame Staatsgrenze von Konstanz bis Basel
- Bundesgesetz über die Förderung von Landesausstellungen (LaFG)
- Änderung des Wasserrechtsgesetzes (Umsetzung Motion 23.3498)
- Indirekter Gegenvorschlag (Bundesgesetz über die Inklusion von Menschen mit Behinderungen und Änderung des Invalidenversicherungsgesetzes) zur Volksinitiative «Für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Inklusions-Initiative)»
- Änderung des Umweltschutzgesetzes: Massnahmen zur Bekämpfung von invasiven gebietsfremden Organismen
- Verlängerung und Änderung der Verordnung über den Normalarbeitsvertrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Hauswirtschaft
- Änderung der Verordnungen zum Transplantationsgesetz: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens
- Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit»
- Revision der Lärmschutzverordnung (LSV)
- Verordnung über die intensive Frühintervention bei Autismus-Spektrum-Störungen (IFIIV)
- Änderung der Eigenmittelverordnung (Umsetzung der Massnahmen aus dem Bericht des Bundesrates zur Bankenstabilität und dem Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission)
- Indirekter Gegenentwurf zur Feuerwerks-Initiative – Parlamentarische Initiative 25.402
- Änderung des Niederlassungsabkommens zwischen der Schweiz und Iran
- 21.449 n Pa. Iv. Kamerzin. Bei gemeinsamer elterlicher Sorge die alternierende Obhut fördern
- Änderung der Verordnung über Fernmeldedienste
- Änderung des Obligationenrechts (Verlängerung des Urlaubs für ausserschulische Jugendarbeit)

- Rückversicherungsvermittlung und Sanierungsrecht: Teilrevision des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Aufsichtsverordnung (AVO)
- Änderung des RVOG (Schutz von Daten juristischer Personen durch Bundesorgane)
- Änderung der Verkehrsregelnverordnung bezüglich Ausnahmen vom Sonntags- und Nachtfahrverbot, Bewilligungen für Ausnahmetransporte und motorsportliche Veranstaltungen sowie Teilkraftsetzung einer Änderung des Strassenverkehrsgesetzes
- Verordnung über die individuellen Erkennungsmerkmale und Sicherheitsvorrichtungen auf der Verpackung von Humanarzneimitteln
- Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz; HMG) zur Einführung einer Pflicht zur Offenlegung von Interessenverbindungen
- 21.470 n Pa. Iv. Roduit. Die Nichteinhaltung der obligatorischen Arbeitsbedingungen stellt einen qualifizierten unlauteren Wettbewerb dar und muss strafrechtlich verfolgt werden
- Genehmigung der Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation Nr. 190 über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt und Nr. 191 zur Änderung von Normen infolge der Anerkennung eines sicheren und gesunden Arbeitsumfelds als grundlegendes Prinzip
- Verordnung über den Transport von Gütern auf der Schiene, auf dem Wasser und mit Seilbahnen
- Teilrevision der Postverordnung (VPG)
- Verordnungsänderungen im Bereich des Bundesamts für Energie mit Bundesratsbeschluss im November 2025
- Änderung des Bundesgesetzes über subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft (FiREG)
- Bundesgesetz über Pflanzen aus neuen Züchtungstechnologien (Züchtungstechnologienengesetz; NZTG)
- Revision Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung) per 1. Januar 2026
- Änderung des Geoinformationsgesetzes – Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen
- Bundesgesetz über die Förderung des Ausbaus von Breitbandinfrastrukturen (Breitbandfördergesetz, BBFG)
- Änderungen der Winterreserveverordnung
- Abkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika für eine erleichterte Umsetzung von FATCA nach Modell 1, Entwurf eines Bundesgesetzes und Entwurf einer Verordnung
- Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für Bauten und Anlagen des CERN
- Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens von Ljubljana und Den Haag über die internationale Zusammenarbeit bei der Ermittlung und Strafverfolgung in Bezug auf das Verbrechen des Völkermords, auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere internationale Verbrechen

- 21.498 n Pa.Iv. Roduit. Umsetzung des Berichtes zur Evaluation der medizinischen Begutachtung in der IV
- Totalrevision der EDI-Verordnungen über Fachbewilligungen im Bereich Chemikalien
- OECD-Mindestbesteuerung: Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch von Global Anti-Base Erosion (GloBE)-Informationen
- Faire Teilnahme der SRG am audiovisuellen Produktionsmarkt
- Teilrevisionen zweier Ausführungserlasse zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (VÜPF, VD-ÜPF)
- Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027
- Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV, Kosten -und Qualitätsziele)
- Indirekter Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»
- Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Bezug von Mitteln und Gegenständen im EWR)
- Verordnung über die zentrale Bewirtschaftung des Angebots an elektrischer Energie und Verordnung über die Änderung einer Bestimmung des Landesversorgungsgesetzes
- Vorentwurf zum Bundesgesetz über das Verbot des öffentlichen Verwendens von nationalsozialistischen Symbolen (VNSG)
- Beschleunigung beim Aus- und Umbau der Stromnetze (Änderung der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen)
- Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Sicherstellung des Prinzips der einmaligen Erhebung der Daten)
- Verordnungspaket Umwelt Herbst 2025
- Revision Verordnung über die Berichterstattung über Klimabelange
- Teilrevision des Bundesgesetzes über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz, BGG)
- 20.504 n Pa.Iv. Flach. Folter als eigener Straftatbestand im Schweizer Strafrecht
- Änderung der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz: Sonderbestimmungen für die Live-in-Betreuung (Art. 17a – 17e ArGV 2)
- Änderung der Arbeitslosenversicherungsverordnung, ALV-Informationssystemverordnung und der Verordnung über die Verwaltungskostenentschädigung der Arbeitslosenkassen
- Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005)
- Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)
- Änderung der Zivilschutzverordnung (Schutzbauten)
- Änderung des Freizügigkeitsgesetzes Altersguthaben schützen bei einem Austritt aus einem 1e-Plan
- Umsetzung der Motion 22.4253 Entkopplung des bäuerlichen Bodenrechts von der AP22+
- Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes (WFG) vom 21. März 2003¹

Die einzelnen Vernehmlassungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Positionen>[Vernehmlassungen](#)) abrufbar.

2.3 Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen, Extrablätter

2025 hat die SVP Schweiz insgesamt 79 **Pressecommuniqués** veröffentlicht. Es sind 72 Editorials zu einem aktuellen Thema publiziert worden. Die Parteizeitschrift „**Klartext**“ und die französische Version „**Franc-parler**“ sind je 6-mal erschienen. Die Auflage betrug Ende 2025 **50'500 Exemplare in Deutsch** und **5'300 in Französisch**.

Im Jahr 2025 hat die SVP **4 Medienkonferenzen** durchgeführt:

25. Februar 2025	Kantone und Gemeinden am Limit – Asyl-Stopp jetzt!
6. August 2025	Für eine sichere Schweiz braucht es eine funktionierende und zeitgemäss ausgerüstet Armee
2. September 2025	Explodierende Gesundheitskosten: Zuwanderer sollen nicht länger von unserem System profitieren
20. Oktober 2025	Es gibt nur eine Antwort zu diesem EU-Unterwerfungsvertrag: Ein entschiedenes Nein von Parlament, Volk und Ständen!

Details zu den einzelnen Medienkonferenzen und Medienmitteilungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Publikationen>[Aktuelles](#)) abrufbar.

2.4 Homepage und Soziale Medien

Bis zum 31.12.2025 wurden 506'431 Besuche (1'191'722 Seitenaufrufe) auf <https://www.svp.ch>, 112'109 Besuche (232'009 Seitenaufrufe) auf <https://www.udc.ch> und 11'273 Besuche (24'059 Seitenaufrufe) auf <https://it.udc.ch> registriert. Das sind durchschnittlich pro Tag 1'388 Besuche auf www.svp.ch, 308 auf www.udc.ch und 31 auf it.udc.ch.

2025 produzierte die SVP 161 Youtube-Beiträge in deutscher Sprache und 40 in französischer Sprache. Die Youtube-Beiträge verzeichnen insgesamt 3'563'422 Aufrufe (Deutsch) und 24'444 Aufrufe (Französisch). Der YouTube-Kanal hat 14'700 Abonnenten (Deutsch) und 781 Abonnenten (Französisch)

Die SVP betreibt die Facebook-Seiten "SVP Schweiz", "UDC Suisse" und spezifische Kampagnen-Seiten. Über diese Kanäle kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und mobilisiert Mitglieder und Sympathisanten. Am 31.12.2025 zählte die Seite "SVP Schweiz" 52'095 Unterstützer. Die französischsprachige Facebook-Seite "UDC Suisse" zählte 18'551. An diversen Spitzentagen hat die SVP mit diesen Seiten zwischen 100'000 und 400'000 Personen erreicht und über den gesamten Zeitraum 8'600'000 Video-Aufrufe generiert.

Die SVP betreibt die Instagram-Seiten "SVPch" und "UDCsuisse". Über diese Kanäle kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und mobilisiert Mitglieder und Sympathisanten. Am 31.12.2025 zählte die Seite "SVPch" 40'098 Unterstützer. Die französischsprachige Instagram-Seite "UDCsuisse" zählte 6'357. An diversen Spitzentagen hat die SVP mit diesen Seiten zwischen 100'000 und 200'000 Personen erreicht.

Die SVP betreibt seit dem Herbst 2021 den TikTok-Kanal "SVPch". Über diesen Kanal kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und verbreitet politische Inhalte. Am 31.12.2025 zählte der Kanal "SVPch" 63'020 Follower. 2025 produzierte die SVP 151 TikTok-Beiträge in deutscher Sprache, diese wurden 5'947'000-mal aufgerufen.

3. PARTEIORGANE

3.1 Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus rund 835 Delegierten und ist das oberste Organ der Partei. Im Jahr 2025 haben 4 Delegiertenversammlungen stattgefunden:

Delegiertenversammlung, Samstag, 25. Januar 2025, Balsthal (SO)

«Stopp den weltfremden EU-Bürokraten und Richtern – unsere Freiheit ist nicht verhandelbar!»

Delegiertenversammlung, Samstag, 29. März 2025, Puidoux (VD)

«Die Sicherheit der Schweiz ist wiederherzustellen!»

Delegiertenversammlung, Samstag, 16. August 2025, Schaffhausen (SH)

«Masslose Zuwanderung – eine Gefahr für unsere Sicherheit»

Delegiertenversammlung, Samstag, 25. Oktober 2025, Wimmis (BE)

«EU-Unterwerfungsvertrag: Wir kämpfen für unsere Schweiz!»

Weitere Details zu den einzelnen Delegiertenversammlungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Publikationen>[Delegiertenversammlungen](#)) abrufbar.

3.2 Parteileitungsausschuss

Die Parteileitungsausschuss (PLA) setzt sich aus 9 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2025)

Funktion	Name
Präsident der SVP Schweiz	Nationalrat Marcel Dettling (SZ)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)
Vizepräsident	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Mitglied	Nationalrat Michael Graber (VS)
Mitglied	Nationalrat Franz Grütter (LU)
Mitglied	Nationalrätin Sandra Sollberger (BL)
Mitglied	Nationalrat Manuel Strupler (TG)
Fraktionspräsident (v. A. w.)	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)

3.3 Parteileitung

Die Parteileitung (PL) setzt sich aus 27 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Die PL führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet die PL auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten.

(Stand 31.12.2025)

Von Amtes wegen: Mitglieder der Parteileitung	
Mitglieder des PLA	Wie oben beschrieben
Die Vertreter der SVP im Bundesrat	Bundesrat Guy Parmelin (VD) Bundesrat Albert Rösti (BE)
Der Generalsekretär	Henrique Schneider (AI)
Die Vertreter der 6 absolut stärksten Kantonalparteien	Domenik Ledergerber (ZH)
	Nationalrat Manfred Bühler (BE)
	Nationalrat Andreas Glarner (AG)
	Nationalrat Walter Gartmann (SG)
	Martin Wicki (LU)
	Nationalrat Sylvain Freymond (VD)
Präsident der JSVP Schweiz	Nils Fiechter (BE)
Präsidentin der SVP International	Inge Schütz (BE)

Wahl durch den Parteivorstand:

Je ein Vertreter der französischsprachigen, italienischsprachigen sowie der romanischsprachigen Schweiz	Didier Spies (JU) Nationalrat Piero Marchesi (TI) Reto Rauch (GR)
Der Verantwortliche Sicherheitspolitik	Nationalrat Michael Götte (SG)
Die Verantwortliche Europapolitik	Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)
Der Verantwortliche Migrations- und Asylpolitik	Nationalrat Pascal Schmid (TG)
Der Verantwortliche Wirtschaftspolitik	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Der Verantwortliche Finanz- und Steuerpolitik	Nationalrat Lars Guggisberg (BE)
Der Verantwortliche Familien- und Gesellschaftspolitik	Nationalrat Benjamin Fischer (ZH)

3.4 Parteivorstand

Der Parteivorstand (PV) setzt sich aus 125 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2025)

Von Amtes wegen: Mitglieder des Parteivorstandes	
Die Mitglieder der Parteileitung (Wie oben beschrieben)	
Präsidenten der Kantonalparteien:	
AG	Nationalrat Andreas Glarner
AI	Martin Ebnetter
AR	Anick Volger
BE	Nationalrat Manfred Bühler
BL	Peter Riebli
BS	Pascal Messerli
FR	Timon Gavallet
GE	Lionel Dugerdil
GL	Adrian Hager
GR	Nationalrat Roman Hug
JU	Alain Koller
LU	Martin Wicki
NE	Raymond Clottu
NW	Roland Blättler
OW	Marcel Schelbert
SG	Nationalrat Walter Gartmann
SH	Andrea Müller
SO	Nationalrat Rémy Wyssmann
SZ	Nationalrat Roman Bürgi
TG	Ruedi Zbinden
TI	Nationalrat Piero Marchesi
UR	Claudia Brunner
VD	Nationalrat Sylvain Freymond
VS (UVS)	Donald Moos
VS (OVS)	Romano Amacker
ZG	Philip C. Brunner
ZH	Domenik Ledergerber
JSVP	Nils Fiechter
SVP International	Inge Schütz

Weitere, von den Kantonalparteien delegierte Mitglieder:	
AG	Nationalrat Thomas Burgherr Barbara Borer-Mathys Mario Gratwohl Michelle Kummli
AI	Alfred Langenegger
AR	Severina Gross
BE	Jolanda Brunner Andrea Gschwend-Pieren Miriam Gurtner Helen Morgenthaler Aliko M. Panayides Janosch Weyermann
BL	Nationalrat Thomas de Courten Caroline Mall
BS	Pascal Messerli
FR	Bernard Bapst Liliane Marchon
GE	David-Peter Lê Claude Reymond
GL	Barbara Rhyner
GR	Mario Cortesi Petra Casty
JU	Kilian Kaufmann
LU	Stefan Dahinden Marco Frauenknecht Guido Müller
NE	Daniel Berger
NW	Peter Wyss
OW	Monika Rüegger
SG	Nationalrat Roland Rino Büchel Donat Kuratli Paul Scheiwiller
SH	Mariano Fioretti Andreas Gnädinger
SO	Nationalrat Christian Imark Christine Rütli
SZ	Samuel Lütolf Ständerat Pirmin Schwander
TG	Judith Ricklin Beat Stump Yvonne Melone
TI	Lara Filippini Roberta Soldati
UR	Paul Dubacher
VD	François-Nicolas de Glutz Emmylou Ziehli

VS (UVS)	Nationalrat Jean-Luc Addor Jérôme Desmeules
VS (OVS)	Marco Schnydrig Fredy Ursprung
ZG	Philip C. Brunner Karl Nussbaumer
ZH	Anita Borer Marco Calzimiglia Nationalrat Martin Haab Roger Liebi Nationalrat Mauro Tuena Tobias Weidmann Ueli Bamert
JSVP	Daniel Esfeld (VD) Sarah Regez (BL)
SVP International	John McGough

Vertreter **durch Wahl** gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2:
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

Frei gewählte Mitglieder:	
AG	Regierungsrätin Martina Bircher Regierungsrat Jean-Pierre Gallati
BE	alt Nationalrat Thomas Fuchs Ständerat Werner Salzmänn
NW	Regierungsrätin Michèle Blöchliger
SG	Ständerätin Esther Friedli
TI	Ständerat Marco Chiesa
VD	Gérald Nicod
ZH	alt Bundesrat Christoph Blocher alt Nationalrat Christoph Mörgeli Nationalrat Gregor Rutz Nationalrat Martin Hübscher alt Nationalrat Ulrich Schluer

3.5 Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Bei Abschluss des Berichtsjahres arbeiten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat:

(Stand: 31.12.2025)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Henrique Schneider, Appenzell (AI)
stv. Generalsekretär	Peter Keller, Hergiswil (NW)
Fraktionssekretär	Andreas Meyer, Bern (BE)
Leiterin Kommunikation	Andrea Sommer, Solothurn (SO)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter / stv. Fraktionssekretär	Simone Bucheli, Bretzwil (BL)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Samuel Bärtschi, Carouge (GE)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Henri Bernhard, Münsingen (BE)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Pascal Senn, Bern (BE)
Projektleiterin Kantonalparteien	Crista Baumann, Zollikofen (BE)
Kommunikationsmitarbeiter	Adrian Spahr, Lengnau (BE)
Fraktionsassistent	Raphael Zaugg, Seeberg (BE)
Sachbearbeiter	Joel Zimmermann, Ersigen (BE)
Übersetzer	Timon Gavallet, Broc (FR)
Übersetzer	Kevin Grangier, Noville (VD)
Übersetzer	Niels Rosselet-Christ, Saint-Sulpice (NE)

3.6 Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbstständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Bundesrat:

- **Guy Parmelin**, Vorsteher WBF, Bursins (VD); gewählt am 9.12.2015, im Amt seit 1.1.2016
- **Albert Rösti**, Vorsteher UVEK, Uetendorf (BE); gewählt am 07.12.2022, im Amt seit 1.1.2023

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei:

Mit 67 Nationalräten (62 SVP, 1 Lega, 2 EDU, 2 MCG) und 7 Ständeräten (6 SVP, 1 MCG) stellt die SVP die grösste Fraktion im eidgenössischen Parlament.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2025)

AG	Burgherr Thomas, Wiliberg Giezendanner Benjamin, Rothrist Glarner Andreas, Oberwil-Lieli Glur Christian, Glashütten Heimgartner Stefanie, Baden Huber Alois, Wildegg Riner Christoph, Zeihen
AR	Zuberbühler David, Herisau
BE	Bühler Manfred, Cortébert Guggisberg Lars, Kirchlintach Hess Erich, Bern Knutti Thomas, Weissenburg Riem Katja, Kiesen Rüegsegger Hans Jörg, Riggisberg Umbricht Pieren Nadja, Kaltacker Wandfluh Ernst, Kandergrund
BL	De Courten Thomas, Rünenberg Sollberger Sandra, Liestal
FR	Kolly Nicolas, Essert Page Pierre-André, Châtonnaye
GE	Amaudruz Céline, Genf Bläsi Thomas, Genf
GL	Schnyder Markus, Netstal
GR	Hug Roman, Says Martullo-Blocher Magdalena, Meilen / Lenzerheide
JU	Stettler Thomas, Soyhières
LU	Grüter Franz, Eich Thalmann-Bieri Vroni, Flühli
NE	Calame Didier, Les Planchettes
OW	Rüegger Monika, Engelberg
SG	Büchel Roland Rino, Oberriet Egger Mike, Berneck Gartmann Walter, Mels Götte Michael, Tübach Reimann Lukas, Wil
SH	Hurter Thomas, Schaffhausen
SO	Imark Christian, Fehren Wyssmann Rémy, Kriegstetten
SZ	Bürgi Roman, Goldau Dettling Marcel, Oberiberg
TG	Gutjahr Diana, Amriswil Schmid Pascal, Weinfelden Strupler Manuel, Weinfelden

TI	Marchesi Piero, Tresa Pamini Paolo, Lugano
VD	Buffat Michaël, Vuarrens Freymond Sylvain, Montricher Nicolet Jacques, Lignerolle Pahud Yvan, L'Auberson
VS	Addor Jean-Luc, Savièse Graber Michael, Brig-Glis
ZG	Aeschi Thomas, Baar
ZH	Fehr Düsel Nina, Küsnacht Fischer Benjamin, Volketswil Haab Martin, Mettmenstetten Hübscher Martin, Bertschikon Matter Thomas, Zürich Rutz Gregor, Zürich Schläpfer Therese, Hagenbuch Steinemann Barbara, Watt-Regensdorf Tuena Mauro, Zürich Walliser Bruno, Volketswil

Lega dei Ticinesi:

TI	Quadri Lorenzo, Lugano
----	------------------------

EDU:

BE	Gafner Andreas, Oberwil im Simmental
ZH	Vontobel Erich, Wolfhausen

MCG:

GE	Golay Roger, Onex Sormanni Daniel, Genf
----	--

Ständeräte (Stand: 31.12.2025)

BE	Salzmann Werner, Mülchi
SG	Friedli Esther, Ebnat-Kappel
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Schwander Pirmin, Lachen
TG	Stark Jakob, Buhwil
TI	Chiesa Marco, Lugano (Ruvigliana)

MCG:

GE	Poggia Mauro, Genf
----	--------------------

4. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN 2025

Volksabstimmung vom 9. Februar	Parole SVP	Parole FDP	Parole Die Mitte	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative vom 21.02.2023 «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)»	NEIN	NEIN	NEIN	JA	30.2	69.8	0	23	Abgelehnt

Volksabstimmung vom 28. September	Parole SVP	Parole FDP	Parole Die Mitte	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Bundesbeschluss über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften	JA	JA	JA	NEIN	57.73	42.27	16.5	6.5	Angenommen
Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz, BGEID)	NEIN	JA	JA	JA	50.39	49.61	7.5	15.5	Angenommen

Volksabstimmung vom 30. November	Parole SVP	Parole FDP	Parole Die Mitte	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	15.85	84.15	0	23	Abgelehnt
Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»	NEIN	NEIN	NEIN	JA	21.72	78.28	0	23	Abgelehnt

5. DIE SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

Stand am Wahltag. Wahlen berücksichtigt bis 31.12.2025

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantonsparlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2024	33.9%	48	140
AI	Jährlich / 2023	*	*	50
AR	2023	10.1%	7	65
BE	2022	25.8%	44	160
BL	2023	22.9%	21	90
BS	2024	13.3%	12	100
FR	2021	16.4%	18	110
GE	2023	10.7%	12	100
GL	2022	30.3%	18	60
GR	2022	21.1%	25	120
JU	2025	15.2%	11	60
LU	2023	23.2%	27	120
NE	2025	11.5%	12	100
NW	2022	24.3%	15	60
OW	2022	25.6%	13	55
SH	2024	35.4%	21	60
SO	2025	25.4%	25	100
SG	2024	31.5%	42	120
SZ	2024	38.3%	38	100
TG	2024	32.5%	42	130
TI	2023	10.3%	9	90
UR	2024	23.6%	17	64
VD	2022	14.1%	23	150
VS	2025	19.5%	26	130
ZG	2022	21.6%	18	80
ZH	2023	24.9%	46	180

*keine Angaben, da Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

6. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

Kanton	Website	E-Mail-Adresse
SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svpag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	info@svp-ai.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-bl.ch	info@svp-bl.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.udc-fr.ch	info@udc-fr.ch
GE	www.udc-ge.ch	secretariat@udc-ge.ch
GL	www.svp-gl.ch	praesident@svp-gl.ch
GR	www.svp-gr.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-ju.ch	secretaire@udc-ju.ch
LU	www.svp-lu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-sg.ch	sekretariat@svp-sg.ch
SO	www.svp-so.ch	info@svp-so.ch
SZ	www.svp-sz.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ti.ch	info@udc-ti.ch
UR	www.svpuri.ch	praesident@svpuri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	internet@udc-valais.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch